

# A1NEU Energieland Sachsen-Anhalt – sicher versorgt, wirtschaftsstarke und sozial gerecht

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 07.06.2022  
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

## Antragstext

### 0) Einleitung

Seit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 befinden wir uns inmitten einer Zeitenwende. Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt verurteilen den vom Kreml ausgehenden Krieg auf das Schärfste.

Deutschland hat im Jahre 2021 vor allem folgende Energieträger (Anteile) aus Russland importiert: Mineralöl (35%), Gas (55%), Steinkohle (50%) und Uran (20,2%).

Sachsen-Anhalt ist in Besondere Maße von Russlands Erdgas und Erdöl abhängig.

Es besteht die wesentliche Aufgabe, kurzfristig Importmengen aus russischen Quellen durch andere Importquellen zu ersetzen bzw. mittelfristig den Verbrauch durch Energieeffizienz und Suffizienzstrategien zu reduzieren. Wir gehen damit den seit der Annexion der Krim und den anhaltenden Aggressionen im Osten der Ukraine von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angestrebten Weg der energiewirtschaftlichen Unabhängigkeit von Russland weiter.

Die kurzfristige Substitution von Rohöl, insbesondere am Raffineriestandort Leuna und von Erdgas beim Großverbraucher SKW Piesteritz, stellt die Industrie aber auch das Land Sachsen-Anhalt vor größere Herausforderungen, da der Bezug über Pipelines aus Russland erfolgt. Die Raffinerie von Total in Leuna nimmt etwa ein Drittel der russischen Ölimporte ab. Sie hat zwar ihre Verträge umgestellt, so dass die Ölimporte aus Russland ab Mitte April halbiert sind, aber das Ende aller Lieferbeziehungen mit Russland ist erst zum Ende des Jahres 2022 angekündigt. Neben Ammoniak- ist SKW Piesteritz Deutschlands größter Hersteller von Harnstoffprodukten.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist dabei ein wichtiger Treiber des Strukturwandels, ein wirtschaftlicher Standortvorteil und ein Jobmotor. Der Ausbau ist auch eine Frage der europäischen Sicherheit. Die Transformation unserer Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität macht uns widerstandsfähiger und umso energischer müssen der Bund und das Land Sachsen-Anhalt die Energiewende gemeinsam vorantreiben.

Der Kohleausstieg ist wichtiger denn je. Im Jahr 2019 wurden insgesamt 40,4 Mt Steinkohle nach Deutschland importiert. Dabei ist Russland mit 19,2 Mt (47,5%) der Hauptbezugsort. Mit dem "Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung" ist der Ausstieg bis spätestens 2038 gesetzt. Der Angriffskrieg durch den Kreml macht den Ausstieg noch dringender und auch der Koalitionsvertrag hat sich das Ziel gesetzt, idealerweise bis 2030 auszusteigen.

37 Zur Erhaltung der Versorgungssicherheit und Unterstützung der betroffenen  
38 Unternehmen sowie zur sozialen Sicherung in Sachsen-Anhalt fordern wir als  
39 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt folgende Initiativen:

## 40 **1) Ausbau, Versorgungssicherheit,** 41 **Energieeffizienz**

### 42 **a) Erdgas**

43 Aufgrund der starken Abhängigkeit von Erdgas ist eine schnelle Diversifizierung  
44 der leitungsgebundenen Gasversorgung notwendig. Dazu braucht es eine gezielte  
45 gemeinsame Anstrengung der europäischen Gemeinschaft und eine Anpassung der  
46 vorhandenen Infrastruktur zu deren optimaler Ausnutzung. Mit verbindlichen  
47 Füllstandsvorgaben für die Wintermonate im Gasspeichergesetz ist bereits ein  
48 entscheidender Schritt unternommen worden, um die Speicherinfrastruktur im Sinne  
49 der Versorgungssicherheit optimal zu nutzen.

50 Wir begrüßen die derzeitigen Anstrengungen, auch wasserstoffgeeignete LNG-  
51 Terminals in Deutschland zu errichten. Bei den neu entstehenden  
52 Lieferbeziehungen wollen wir darauf achten, dass diese nicht zu dauerhaften  
53 Lock-in-Effekten führen. Wo es zur Aufrechterhaltung industrieller Prozesse  
54 kurzfristig nötig und möglich ist, soll Erdgas mit klimaneutral hergestelltem,  
55 sogenanntem grünen Wasserstoff ersetzt werden. Dazu fordern und fördern wir die  
56 Umstellung dieser Prozesse. Auch gilt es, Potenziale für Biogas zu evaluieren.

### 57 **b) Öl und Ölprodukte**

58 Erdöl hat eine wesentliche Rolle als Treibstoff und als Rohstoff zur stofflichen  
59 Nutzung, unter anderem in der Chemieindustrie. Dank erheblicher politischer  
60 Anstrengungen auf Bundesebene ist die Importabhängigkeit innerhalb weniger  
61 Wochen auf nunmehr 12 Prozent gesunken. Wir begrüßen den von der EU-Kommission  
62 vorgeschlagenen zeitnahen Importstopp der Öllieferungen aus Russland. Gerade vor  
63 dem Hintergrund der über die Druschba-Pipeline noch immer stark von russischen  
64 Öllieferungen abhängigen Wirtschaft Ostdeutschlands unterstützen wir die  
65 aktuellen Bemühungen der Bundesregierung um alternative Lieferbeziehungen, etwa  
66 über die Häfen Rostock und Gdańsk/Danzig.

67 Zur Reduktion des Treibstoffverbrauchs durch Privathaushalte setzen wir uns für  
68 ein Tempolimit, autofreie Tage sowie die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs  
69 auf fossil angetriebene Fahrzeuge ein. Der Fahrzeugbestand des ÖPNV muss zügig  
70 elektrifiziert und das Angebot insbesondere im ländlichen Raum durch bessere  
71 Taktungen und flexible Mobilitätskonzepte ausgebaut werden. Zur Steigerung der  
72 Attraktivität des Radverkehrs sollten temporäre Radwege ins Straßennetz  
73 eingebunden und Mobilitätsstationen eingerichtet werden. Zudem sollte der  
74 Einsatz von elektrisch unterstützten Lastenfahrrädern für die letzte Meile durch  
75 Logistikunternehmen und Lieferdienste verstärkt auch in Sachsen-Anhalt gefördert  
76 werden.

77 Die Nutzung von Homeoffice, mobilem Arbeiten und Videokonferenzen sollte im  
78 Fokus bleiben um weiterhin Geschäftsreisen und unnötigen Pendelverkehr zu  
79 reduzieren. Schließlich muss die preisliche Attraktivität des öffentlichen

80 Verkehrs gegenüber dem motorisierten Individualverkehr weiter durch Instrumente  
81 wie dem 9€- oder 365-Tage-Ticket gesteigert werden.

## 82 c) Ausbau der Erneuerbaren

83 Durch den Angriffskrieg und die Bestrebung unabhängig von Energieimporten aus  
84 Russland zu werden, braucht es den Ausbau der Erneuerbaren Energien noch mehr  
85 als je zuvor! Wir begrüßen die Bestrebungen von Bundeswirtschafts- und  
86 Klimaminister Robert Habeck und Landesenergieminister Prof. Willingmann das 2%-  
87 Flächenziel für Windenergie an Land auch in Sachsen-Anhalt umzusetzen. Dafür  
88 braucht es jedoch noch erhebliche Anstrengungen auf Landes- und Bundesebene, um  
89 einen Bürokratieabbau voranzutreiben. Im Planungsrecht ist eine "Vorfahrt für  
90 Erneuerbare Energien" erforderlich, indem beispielsweise die Privilegierung von  
91 Erneuerbaren Anlagen im Außenbereich ausgebaut wird. Die Raumordnungsverfahren  
92 im Land Sachsen-Anhalt der Regionalen Planungsgemeinschaften sind noch lange  
93 nicht abgeschlossen oder auf die 2% angepasst. Dazu braucht es erhebliche  
94 monetäre und personelle Unterstützung der Regionalen Planungsgemeinschaften und  
95 auch den Willen der Regionen und Kommunen. Dies kann und sollte durch eine  
96 stärkere monetäre Beteiligung der Kommunen an den Wind- und Solarparks erfolgen.

## 97 d) Ausbau der Netze

98 Die Vorgaben aus dem Osterpaket der Bundesregierung bedeuten eine nahezu  
99 Verdopplung der Leistung bei Windkraftanlagen und eine nahezu Vervierfachung der  
100 Leistung bei Photovoltaik-Anlagen innerhalb von 8 Jahren. Das zieht eine enorme  
101 Kraftanstrengung nach sich. In gleichem Maße wie die Leistungen ausgebaut  
102 werden, braucht es einen Ausbau der Stromnetze und -infrastruktur um das 3- bis  
103 4-fache sowie die Schaffung/Qualifizierung von Infrastruktur für grünen  
104 Wasserstoff. Hierzu sind enorme finanzielle Anstrengungen notwendig und eine  
105 deutliche Beschleunigung der Planungs- und Umsetzungshorizonte von möglichst  
106 unter 5 Jahren.

## 107 2)

### 108 **Industrie/Wirtschaft/Strukturwandel/Transformati-** 109 **on**

110 Schon heute investieren Industrieunternehmen erhebliche Ressourcen in den  
111 Klimaschutz. Ohne Mitwirkung der Wirtschaft kann auch Sachsen-Anhalt die  
112 ambitionierten klima- und energiepolitischen Ziele der Bundesregierung nicht  
113 erreichen. Die Wirtschaft von morgen ist nachhaltig. Sie schützt damit nicht nur  
114 das Klima, sondern macht uns vor allem auch unabhängiger von fossilen Energien  
115 aus anderen Staaten. Damit sichert sie aber auch Wohlstand und Wertschöpfung  
116 sowie Arbeitsplätze hier vor Ort. Die hohe Verfügbarkeit von Erneuerbaren  
117 Energien wird als neue Energiesicherheit zum entscheidenden Standortvorteil  
118 Sachsen-Anhalts. Dies haben die Intel-Ansiedlung in Magdeburg und die Avnet-  
119 Ansiedlung in Bernburg eindrucksvoll gezeigt. Wer Investitionen will muss  
120 Windräder bauen und Solarstrompaneele installieren.

121 35% der 50% Erdgasimporte aus Russland verbraucht die Industrie in Deutschland.  
122 Dies sind insbesondere die Eisen-, Stahl- sowie Chemieindustrie.

123 Selbst die Gasschmelzöfen von Glasherstellern wie Euroglas in Haldensleben  
124 müssen rund um die Uhr mit Erdgas versorgt werden.

125 Wir fordern die Erarbeitung tagesaktueller branchenbezogener Analysen zu den  
126 Auswirkungen der aktuellen Lage am Gasmarkt auf sachsen-anhalter Unternehmen  
127 sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

128 Für einen regionalen Ausgleich bei möglichen Engpässen halten wir  
129 kontinuierliche Energiedialoge der Grundversorgungsunternehmen mit den  
130 Großabnehmer\*innen auf freiwilliger Basis über den gesetzlichen Standard hinaus  
131 für sinnvoll.

132 Wir fordern darüber hinaus die laufende Prüfung und Schaffung von geeigneten und  
133 zielgerichteten Hilfsmaßnahmen und geeigneter Instrumente für energieintensive  
134 Unternehmen. Wo immer möglich müssen Hilfen dazu auch an ökologisch sinnvolle  
135 Bedingungen geknüpft werden. Hierbei sollte der Umstieg auf stromoptimierte  
136 Produktion auf Basis der Erneuerbaren Energien schnell ermöglicht werden. Die  
137 Landtagsfraktion soll hierzu beauftragt werden, einen geeigneten Antrag zu  
138 stellen.

139 Ein Nachhaltigkeitsindex sollte von der Landesregierung etabliert und bei der  
140 Wirtschaftsförderung genutzt werden, der leicht verständlich zeigt, wie die  
141 Wirtschaft und Industrie in puncto Nachhaltigkeit aufgestellt sind.

142 Gesamtwirtschaftlich gibt es derzeit keine Anzeichen einer Rezession, jedoch  
143 wird die Entwicklung durch Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten  
144 gebremst. Dies wird andauern und mit der Inflation eine Wirkung entwickeln. Im  
145 Rahmen ihrer Möglichkeiten soll die Landesregierung Unternehmen helfen, sich  
146 breiter aufzustellen, um sich nicht von einem Lieferanten bzw. Herkunftsland  
147 abhängig zu machen. Es gilt daher dafür Sorge zu tragen, dass Strukturen in den  
148 Lieferketten stärker diversifiziert werden, und auch andere Quellen in den Blick  
149 zu nehmen, um resilienter zu werden.

150 Zur Unterstützung der regionalen Wirtschaft und zur Sicherung einer  
151 langfristigen Krisenfestigkeit sollte ein widerstandsfähiger, resilienter und  
152 nachhaltiger Wirtschaftsraum ausgebildet werden. Dafür soll die Landesregierung  
153 ein nachhaltiges Leitbild des Wirtschaftsraums Sachsen-Anhalt mit dem Ziel des  
154 Ausbaus bestehender und der Entwicklung neuer regionaler  
155 Wertschöpfungsnetzwerke, Absatzmärkte und Kreislaufströme in Zusammenarbeit mit  
156 den Akteuren aus der Wirtschaft entwickelt werden. Es ist darauf hinzuwirken,  
157 dass Strategien zum Umgang mit Krisensituationen, insbesondere der  
158 Anpassungsfähigkeit zur Herstellung und Lagerung kritischer Güter, entwickelt  
159 und Notfallpläne erstellt werden.

160 Das Energiesystem aber auch die Versorgungssicherheit braucht mehr Transparenz,  
161 Objektivität und Sachlichkeit. Deshalb benötigt Sachsen-Anhalt zügig ein  
162 technisches 24/7-Energiesicherheits-Monitoring. Dazu beauftragen wir die  
163 Landtagsfraktion zeitnah einen geeigneten Antrag zur Einrichtung eines solchen  
164 Monitorings zu stellen. Bei der Umsetzung des Monitorings sollten auch alle  
165 Potenziale der Digitalisierung sowie wissenschaftliche Beratung genutzt werden.

### 166 3) Soziale Sicherheit und Schutz vor 167 Energiearmut

#### 168 Soziale Entlastung statt Energiearmut

169 „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner  
170 Freiheit.“ Dieser Satz ist Teil unseres grünen Selbstverständnisses. In der  
171 momentan krisenhaften Situation ist es für die Gesellschaft besonders  
172 anspruchsvoll, ihn mit Leben zu erfüllen. Wo alle Verbraucherpreise steigen und  
173 nicht selten parallel auch die Mieten ansteigen, trifft es besonders die Ärmsten  
174 der Gesellschaft. Das Versprechen des Sozialstaates nach Sicherung des  
175 Existenzminimums muss auch gehalten werden, wenn die Kosten für die Sicherung  
176 der bloßen Existenz steigen. Das ist überlebensnotwendig für das Vertrauen in  
177 unseren Staat und somit für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Neben  
178 Lebensmitteln und Teilhabe gehören dazu auch Strom, Mobilität und eine warme  
179 Wohnung.

#### 180 Strom- und Wärmesperren sind zu verhindern

181 Die Bundesregierung sortiert unter der Beteiligung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die  
182 Sozialleistungen neu. Neben einer am Bedarf orientierten Kindergrundsicherung  
183 und einer Neuberechnung der Grundsicherung für Erwachsene muss dazu auch ein  
184 auskömmlicher Kostensatz für Energiekosten gehören. Wo Energiekosten objektiv  
185 steigen muss auch dieser Beitrag angepasst werden. Empfänger von  
186 Transferleistungen haben keine Rücklagen, um steigende Kosten selbst abzudecken.  
187 Deshalb ist es die Verantwortung des Staates, hier die Gefahr von  
188 Energieschulden abzuwenden.

189 Strom- und Wärmesperren stellen die höchste Eskalationsstufe bei Energieschulden  
190 dar. Sie treffen die Ärmsten und oft Vulnerablen hart und es gilt diese zu  
191 verhindern. Vorgeschaltet müssen immer Beratungsstufen, Unterstützung bei  
192 Einsparungen und echte Hilfsangebote sein, um diese Härten zu vermeiden.

193 Da die Berechnung von Heizkosten- und Energiekostensätzen und -zuschüssen immer  
194 auf den ermittelten Kosten der vergangenen Periode beruht, können krasse  
195 Preissprünge in ihnen nicht abgebildet werden. Dies würde unweigerlich zu  
196 unterdimensionierten Auszahlungen führen und finanzielle Notsituationen  
197 erzeugen. In Zeiten objektiv sprunghaft steigender Energiepreise ist der  
198 Heizkostenzuschuss der Bundesregierung ein wirksames Instrument zur Entlastung  
199 der Menschen. Aber auch bei den erwartbar hohen Nachzahlungen bei  
200 Energieabrechnungen für das Jahr 2022 braucht es ein sozial gerechtes Instrument  
201 zur Abfederung durch den Bund.

#### 202 Energetische Sanierungsmaßnahmen auch im kommunalen Wohnraum 203 vorantreiben

204 Energiekosten sind ein relevanter Kostensatz bei der Ermittlung der Kosten der  
205 Unterkunft für die Empfänger von Sozialleistungen. Das gilt direkt, aber auch  
206 indirekt. Günstiger Wohnraum ist in vielen Kommunen vor allem in unsanierten und  
207 wenig energieeffizienten Gebäuden verfügbar. Bei sehr knapp berechneten KDU-  
208 Kostensätzen führt das gleichzeitig oft zu höherem Strom- und Wärmeverbrauch.

209 Bei steigenden Kosten liegt es auch in der Verantwortung der Kommunen, die  
210 Kostenberechnung der Realität anzupassen um das Existenzminimum tatsächlich zu  
211 sichern. Gleichzeitig soll es ein Landesprogramm zur Sanierung von sozialem  
212 Wohnraum geben, um in diesem - für den freien Markt eher unattraktiven -  
213 Wohnungssektor energiesparende Um- und Einbauten zu ermöglichen.

214 Im Moment sind aus zahlreichen kommunalen Wohnungsunternehmen Alarmrufe zu  
215 vernehmen. In der Frage von Energie- und Wärmekosten kommt es zu für beide  
216 Seiten existenzbedrohenden Konflikten mit den oft ebenfalls kommunalen  
217 Energieanbietern. Es ist im Interesse des Landes, sowohl die kommunalen  
218 Wohnungsunternehmen als auch die Energieanbieter zu unterstützen. Sie sichern  
219 bezahlbares Wohnen und die Grundversorgung mit Energie. Deshalb soll das Land  
220 die Kommunen an solche Stellen als Mediator unterstützen um jeweils eine  
221 existenzsichernde und gleichzeitig kundenorientierte Lösung zu finden. Für  
222 Fälle, in denen eine solche Lösung nicht gefunden werden kann, soll das Land,  
223 gemeinsam mit den Kommunen einen Rettungsschirm aufspannen.